

Wirtschaften mit National-Gefühl — Schießen sich nach dem Brexit nun die Schweizer ins Knie?

Posted on 12. Juni 2026 by Kurt Huebner



Screenshot: Website Schweizerische Volkspartei [SVP](#)

Neulich geriet ich in eine ziemlich hitzige Debatte mit einem gebildeten, weißen, eher linksliberalen Menschen über das Verhältnis von Meinungen zu empirischen Fakten. Mein Gegenüber war der festen Überzeugung, dass empirische Daten kaum hilfreich seien — nicht zuletzt, weil sie ständig zurechtgebogen würden. Emotionen und Meinungen seien bisweilen, so seine Position, der bessere Wegweiser. Diese Ansicht ist — besonders seit der COVID-Pandemie — weit verbreitet; sie findet sich vor allem im rechten politischen Lager, ist aber auch in liberalen Kreisen nicht selten auszumachen. „Fake News“ und „alternative Fakten“ werden weithin akzeptiert, und oft werden Ergebnisse aus der schnellen Nutzung von KI als Beleg für deren Richtigkeit angeführt. Regieren Ideologien über Fakten, hat die Wirtschaft darunter zu leiden. Der Fall Brexit zeigt es. Werden am 14. Juni die Weichen für eine Schweizer Version des Brexit gestellt?

Wenn offizielle Daten und Fakten den eigenen Überzeugungen und Gefühlen widersprechen, dann werden diese Daten gerne mit leichter Hand infrage gestellt oder sogar — wie es der US-Präsident gerne tut — kurzerhand als Schwindel abgetan. Die USA sind heute wohl das Paradebeispiel für ein Land, in dem offizielle Daten — erhoben und präsentiert von unabhängigen Institutionen mit großer Erfahrung und modernsten

Methoden — massiv angefochten werden. „Alternative Fakten“ gelten dabei als der bessere Weg.

Wenn Ideologien sowie Stimmungen in Politik und Gesellschaft bestimmen, wie wir die Welt — im Nahbereich wie in der Ferne — wahrnehmen, analysieren und interpretieren, geraten ganze Gesellschaften in eine Gefahrenzone. Influencer diktieren uns, was wir konsumieren, wohin wir reisen, wie wir uns kleiden und was wir essen sollen. Politische Influencer und von Staaten gesteuerte Bots berichten über das Privat- und öffentliche Leben von Politikern — in der Absicht, neue „Fakten“ in die Welt zu setzen, die das System und seine Repräsentanten diskreditieren sollen.

Populisten sind schlechte Verwalter ihrer Volkswirtschaft

Fakten werden weitgehend entwertet, Daten vernachlässigt. Wenn subjektive Beobachtungen dominieren, ist eine Überprüfbarkeit nicht mehr gegeben. Meinungen können aufeinanderprallen, und jeder kann an seiner Sichtweise festhalten. Jedoch: Daten sind intersubjektiv nachvollziehbare Beobachtungen. Sie können prinzipiell von jedem überprüft, nachgebildet oder falsifiziert werden, der oder die über dieselben Methoden und Instrumente verfügt. Ihre Validität ist unabhängig davon, wer sie erhebt. Zwar bedürfen Daten einer Einordnung, doch handelt es sich um Informationen, die mit objektiven Mitteln und Methoden verifiziert werden können. Autoritäre Regime stützen sich auf Meinungen, Emotionen und Ideologien. Daten und Fakten spielen für sie oft nur eine untergeordnete Rolle, wenn überhaupt. Die empirisch belegte Wirklichkeit zu verkennen, zu relativieren, gar zu ignorieren — dafür zahlen ganze Gesellschaften einen hohen Preis.

So sind autoritäre und nationalistisch-politische Regime in der Regel schlechte Verwalter ihrer Volkswirtschaften. Die empirische Studie „[Populist Leaders and the Economy](#)“ von Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch, die im Dezember 2023 in der *American Economic Review* erschien, präsentiert einen länderübergreifenden Datensatz zur langfristigen makroökonomischen Geschichte des Populismus. Die Studie identifiziert 51 populistische Präsidenten und Premierminister im Zeitraum von 1900 bis 2020.

Die Autoren zeigen, dass die wirtschaftlichen Kosten des Populismus erheblich sind. Nach 15 Jahren liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf um mehr als 10 Prozent unter dem Wert eines plausiblen Szenarios ohne populistische Regierung; mit dieser Wachstumsschwäche gehen wirtschaftliche Desintegration, nachlassende makroökonomische Stabilität und die Aushöhlung von Institutionen einher.

In ihrem Bestreben an der Macht zu bleiben, untergraben populistische Führungskräfte die Rechtsstaatlichkeit, greifen etablierte Normen und gesellschaftliche Gepflogenheiten an und schwächen demokratische Institutionen. Meiner Ansicht nach sind diese politischen Maßnahmen eng mit den Ansichten,

politischen Stimmungen und Überzeugungssystemen — also Ideologien — der jeweiligen Parteien und Regierungen verknüpft. Oft genug folgen sie vor allem ihren politischen Instinkten und Gefühlen, selbst wenn diese im Widerspruch zu wirtschaftlichen Realitäten stehen. Wenn Ideologien über Fakten triumphieren, leiden die wirtschaftlichen Ergebnisse.



Premierminister Boris Johnson unterzeichnet 24. Januar 2020 das Austrittsabkommen aus der EU. (Foto: Open Government License 3 auf [wikimedia commons](#))

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen. Der prominenteste Fall ist der Brexit. Für jeden, der auch nur über geringe Faktenkenntnisse und ein gewisses Verständnis einfacher makroökonomischer Zusammenhänge verfügt, war klar, dass der Abschied von der EU eine Entscheidung war, die auf falschen Annahmen beruhte. Der Brexit führte nicht in ein wirtschaftliches Paradies, sondern vielmehr in eine weniger produktive Wirtschaft mit geringem Wachstum. Die Befürworter des Brexit interessierten sich jedoch kaum für Fakten und plausible wirtschaftliche Gesetze. Sie ließen sich von einem Zerrbild der EU leiten. Sie galt als Ursache für alles, was am britischen Kapitalismusmodell nicht funktionierte. Als weitere Sündenböcke dienten Migranten, die als diejenigen wahrgenommen wurden, welche die Gesellschaft zerstören und die eigene Identität gefährden. Wenn sich eine Nation nun von seinem größten und engsten Handelspartner — und damit vom größten Binnenmarkt der Weltwirtschaft — abschottet: Was ist dann zu erwarten?

Die politische Stimmung wog schwerer als die Wirtschaftsdaten

Genau! Die kumulierten Verluste bei Wirtschaftsleistung, Produktivität, Arbeitsmarkt und dem Zugang zur Forschung sind beträchtlich. Die umfassendste aktuelle [Analyse](#) stammt von Bloom, Mizen und Thwaites (NBER, 2025) und stützt sich auf Daten aus fast einem Jahrzehnt. Sie schätzen, dass der Brexit bis 2025 das britische BIP um sechs bis acht Prozent, die Investitionen um 12 bis 18 Prozent, die Beschäftigung um drei bis vier Prozent und die Produktivität um drei bis vier Prozent verringert haben wird, wobei sich diese Wirkungen im Laufe der Zeit schrittweise aufsummieren. Das sind tatsächlich erschütternde Zahlen.

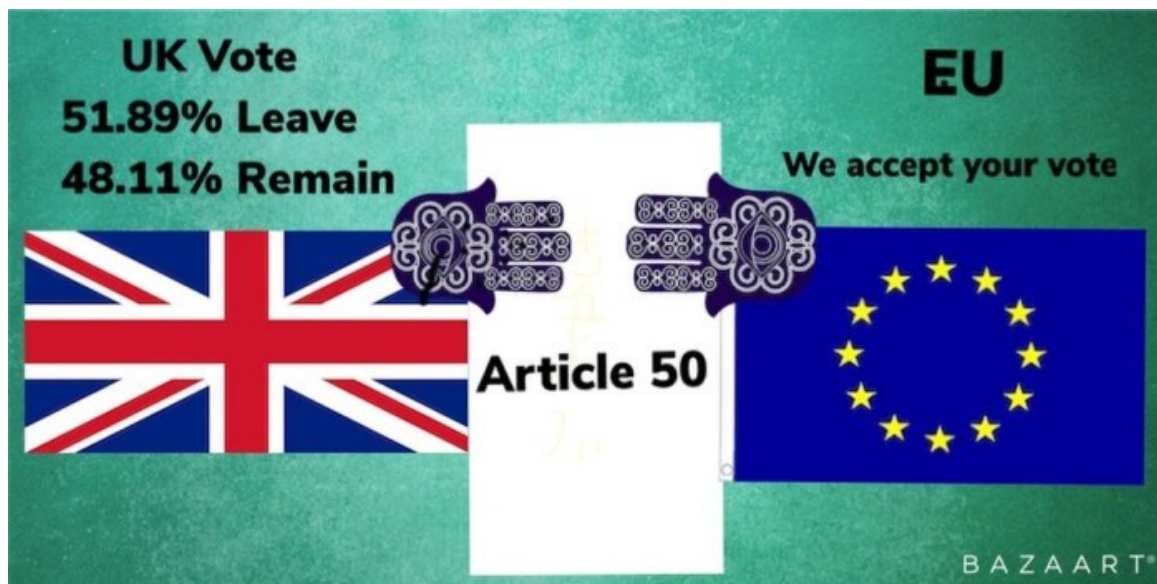


Bild: ChefBear01 auf [wikimedia commons](#)

Es hätte nur einer geringen Bereitschaft der Wähler bedurft, die Fakten zu akzeptieren und so dieses Desaster abzuwenden. Die politische Stimmung wog jedoch schwerer als die Wirtschaftsdaten aus Simulationsstudien. Eine 2024 veröffentlichte [Regionalanalyse](#) von Alabrese, Edenhofer, Fetzer und Wang lieferte vergleichbare Zahlen. Die Autoren beziffern die vom Brexit verursachten Einbußen der Wirtschaftsleistung auf fünf bis zehn Prozentpunkte des BIP; dabei verzeichneten 73 Prozent der britischen Bezirke wirtschaftliche Schäden und 44 Prozent steigende Kosten. Die stärksten Rückgänge des BIP waren in England und Schottland zu beobachten (minus sieben beziehungsweise minus 8,7 Prozentpunkte). Während Nordirland eine bemerkenswerte Ausnahme bildet: wegen seines Verbleibs im Gemeinsamen Markt konnte die Region ihren Handel stärker auf Irland ausrichten und von grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsströmen profitieren. Letzteres entsprach übrigens weitgehend den Ergebnissen einer Simulationsstudie, die ich vor und unmittelbar nach dem Brexit anfertigte und in der unser Wissenschaftler-Team belegte, dass Nordirland tatsächlich vom Brexit profitieren würde.

Der Fall Brexit zeigt: Es ist fatal, wirtschaftliche Realitäten und empirische Fakten zu ignorieren und sich stattdessen von politischen Stimmungen und Meinungen leiten zu lassen.

Wie ginge es der Schweiz ohne Zuwanderung?

Am 14. Juni 2026 könnten sich nun die Schweizer selbst ins Knie schießen. Auf Initiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) — der langjährigen rechtsnationalen Partei von Christoph Blocher und stärksten politischen Kraft des Landes — stimmt das Wahlvolk über einen Vorschlag ab, der eine verbindliche Obergrenze von 10 Millionen Einwohnern für die Schweiz vorsieht. In den vergangenen rund zehn Jahren hat die Schweiz eine beträchtliche Zahl neuer Einwohner gewonnen. Bei der großen Mehrheit dieser Neuankömmlinge handelt es sich um hochqualifizierte EU-Bürger. Ihr Beitrag zum Wirtschaftswachstum war und ist enorm.

OECD-Daten zufolge ist die Migrationsstruktur in der Schweiz maßgeblich von Arbeitsmigration aus der EU geprägt. Daten zur aktuellsten Entwicklung: Im Jahr 2024 verzeichnete die Schweiz 136.000 neue Einwanderer mit langfristigem oder dauerhaftem Aufenthaltsstatus; dies entspricht einem Rückgang von 6,2 Prozent gegenüber 2023. Davon profitierten 74 Prozent von der Personenfreizügigkeit (EU/EFTA), 15 Prozent kamen im Rahmen des Familiennachzugs, 10 Prozent als humanitäre Migranten und lediglich zwei Prozent als direkte Arbeitsmigranten. Die drei häufigsten Nationalitäten waren Deutsche, Franzosen und Italiener. Legt man das Schweizer BIP für 2024 von rund 900 Milliarden Schweizer Franken zugrunde und geht davon aus, dass der Ausländeranteil von 30 Prozent an der Erwerbsbevölkerung mit derselben Produktivität arbeitet wie der durchschnittliche Schweizer Arbeitnehmer, so beläuft sich der Beitrag der Ausländer auf etwa 300 Milliarden Franken. Der tatsächliche Beitrag dürfte sogar noch höher ausfallen, da ausländische Arbeitskräfte im Vergleich zu ihren Schweizer KollegInnen überdurchschnittliche Qualifikationen mitbringen und somit eine relativ höhere Wertschöpfung erzielen.



Logo der Schweizerischen Volkspartei

Wie ginge es der Schweiz ohne Zuwanderung? Ohne Zuwanderung würde sich die Überalterung der Schweizer Gesellschaft verschärfen, der Arbeitskräftemangel würde größer. Insbesondere Branchen wie Pflege, Bauwesen, Tourismus und Gastronomie sind auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut *BAK Economics* hat berechnet, dass eine Beendigung der bilateralen Abkommen mit der EU zur Begrenzung der Zuwanderung das Wachstum zwischen 2028 und 2045 um 7,1 Prozent schmälern würde. Das entspräche einem kumulierten Verlust von 685 Milliarden Franken (ca. 867 Milliarden US-Dollar). Ein geringeres Wirtschaftswachstum und steigende Löhne infolge des knapperen Arbeitskräfteangebots könnten die Inflationsrate in die Höhe treiben und die Zentralbank zu Zinserhöhungen zwingen; dies wiederum würde Investitionen bremsen und möglicherweise zu einer weiteren Aufwertung des Schweizer Frankens führen.

Die Befürworter der Volksinitiative interessieren sich keineswegs für Wirtschaftsdaten und -erkenntnisse. Wie beim Brexit geht es ihnen darum, die nationale Identität der Schweiz zu wahren und zu verteidigen. Emotionen und Ideologie treiben dieses Vorhaben voran. Während ich diesen Text schreibe, deuten Umfragen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hin. Rund die Hälfte der WählerInnen lässt sich eher von ihrem Bauchgefühl leiten. Erleben wir bald die Schweizer Version des Brexit?

Das Chaos wäre perfekt

In früheren [Beiträgen](#) habe ich das politische Programm der *Alternative für Deutschland* sowie das sogenannte Regierungsprogramm ihres Landesverbands in Sachsen-Anhalt analysiert. Mein Urteil fiel eindeutig aus: Sollte

die Partei die Gelegenheit erhalten, ihre Programme umzusetzen, würde Deutschland in ein tiefes wirtschaftliches Loch stürzen. Eine Rückkehr zur D-Mark und der Austritt aus dem Binnenmarkt — um nur zwei der vorgeschlagenen Maßnahmen zu nennen — würden wirtschaftliche und in der Folge auch soziale und politische Verwerfungen auslösen. Hinzu kämen die extremen Ideen zu Migration und Remigration — und das Chaos wäre perfekt. Auch hier werden wirtschaftliche Fakten, wie sie sich in einer Fülle von Daten widerspiegeln, von der Ideologie überlagert. In allen drei Fällen bestimmt das Narrativ von Bedrohungen und Herausforderungen durch Ausländer, Einzelpersonen und Organisationen die Sichtweise der Wählerschaft.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Daten manipuliert werden können. Die Erhebung und Standardisierung von Daten ist schwierig und kann zu methodischen Problemen führen. Dennoch: Wenn sich Menschen und politische Akteure von datengestützten Welterklärungen abwenden, entsteht Raum für bloße Meinungen und Stimmungen. Heutige gesellschaftliche Diskurse sind weit entfernt von Habermas' Modell eines offenen, rationalen Austauschs. Dies sollte jedoch kein Grund sein, darauf zu verzichten. Vielmehr sollten wir unverdrossen Zeit und Energie investieren, um die empirische Komplexität unserer Welt anzunehmen und zu verstehen, um auf diesem gemeinsamen Fundament sinnvolle und rationale Diskussionen zu führen, die über bloße Meinungen und Ideologien weit hinausgehen.

Siehe zur Abstimmung in der Schweiz den nachträglichen Kommentar von Daniel Ryser auf *infosperber* „[Das ewige Gespenst und sein bescheidenes Ergebnis](#)„. Ein Auszug:

„Diese Abstimmung bringt die Schweiz alle paar Jahre zuverlässig in Wallung. Sie treibt die linken Zeitungsredaktionen in kollektive Schweissausbrüche und lässt die SVP selbstbewusst erscheinen wie ein Mann, der glaubt, die Geschichte auf seiner Seite zu haben. Die Volksinitiative gegen die Zuwanderung – in wechselnden Verkleidungen, aber stets derselbe Geist – ist das politische Äquivalent eines schlechten Theaterstücks, das man trotzdem immer wieder aufführt, weil das Publikum kommt. Diesmal hiess das Stück: «Keine 10-Millionen-Schweiz». Und wieder, wie so oft, hat die mächtigste Partei dieses Landes verloren, und mit 54 zu 45 Prozent viel deutlicher als erwartet und auch deutlich genug, um endlich eine Frage zu stellen, die irgendwie niemand laut auszusprechen mag: Was, wenn der vielzitierte Volkswille gar nicht das will, was die SVP behauptet?„

- [E-Mail](#)

- [teilen](#)

- [teilen](#)

- [teilen](#)

- [teilen](#)

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren